

Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden²

Abgeschlossen in Rom am 10. März 1988

Von der Bundesversammlung genehmigt am 28. September 1992³

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 12. März 1993

In Kraft getreten für die Schweiz am 10. Juni 1993

(Stand am 19. März 2014)

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt⁴,

in der Erkenntnis, dass die Gründe für die Ausarbeitung des Übereinkommens auch hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, zutreffen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des genannten Übereinkommens,

in Bekräftigung des Grundsatzes, dass für Fragen, die in diesem Protokoll nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1.⁵ Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c, d, e, f, g und h sowie Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a, die Artikel 2^{bis}, 5, 5^{bis} und 7 sowie die Artikel 10–16 einschliesslich der Artikel 11^{bis}, 11^{ter} und 12^{bis} des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt in seiner durch das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt geänderten Fassung finden sinngemäss auch auf die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} dieses Protokolls genannten Straftaten Anwendung, wenn diese auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden.

AS 1993 1923; BBl 1992 II 1561

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² Die Änd. vom 14. Okt. 2005 (SR 0.747.711.1; AS 2010 3345) sind im vorliegenden Text eingebaut, gelten aber nur im Verhältnis zu jenen Staaten, die ihnen beigetreten sind. Siehe deshalb ihren eigenen Geltungsbereich

³ Art. 1 Abs. 1 Bst. B des BB vom 28. Sept. 1992 (AS 1993 1909).

⁴ SR 0.747.71

⁵ Fassung gemäss Art. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS 2010 3345 3343; BBl 2008 1153).

2. In Fällen, in denen dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist es dennoch anzuwenden, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats als des Staates, in dessen inneren Gewässern oder Küstenmeer sich die feste Plattform befindet, aufgefunden wird.

3. Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck «feste Plattform» eine künstliche Insel, eine Anlage oder ein Bauwerk, die zum Zweck der Erforschung oder Ausbeutung von Ressourcen oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken dauerhaft am Meeresboden befestigt sind.

Art. 2

1. Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung eine feste Plattform in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
- b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einer festen Plattform verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieser Plattform zu gefährden, oder
- c) eine feste Plattform zerstört oder ihr eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, ihre Sicherheit zu gefährden, oder
- d)⁶ auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden.
- e)⁷ ...

2. Eine Straftat begeht auch, wer droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.⁸

Art. 2^{bis}⁹

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich zum Zweck einer Handlung, die aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf

⁶ Fassung gemäss Art. 3 Abs. 1 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁷ Aufgehoben durch Art. 3 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und mit Wirkung für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁸ Fassung gemäss Art. 3 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁹ Eingefügt durch Art. 4 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

abzielt, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen:

- a) Sprengsätze, radioaktives Material oder biologische, chemische oder Kernwaffen in einer Weise gegen eine feste Plattform oder auf einer festen Plattform einsetzt oder von einer festen Plattform aus auslöst, die den Tod, schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist; oder
- b) Öl, verflüssigtes Erdgas oder einen anderen gefährlichen oder schädlichen Stoff, der von Buchstabe a nicht erfasst ist, in einer Menge oder Konzentration von einer festen Plattform aus einleitet, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist; oder
- c) droht, eine unter Buchstabe a oder b genannte Straftat zu begehen, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist.

Art. 2^{ter10}

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht auch, wer:

- a) widerrechtlich oder vorsätzlich im Zusammenhang mit der Begehung einer der in Artikel 2 Absatz 1 oder Artikel 2^{bis} genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet; oder
- b) eine in Artikel 2 Absatz 1, Artikel 2^{bis} Absatz 1 oder 2 oder unter Buchstabe a des vorliegenden Artikels genannte Straftat zu begehen versucht; oder
- c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftat teilnimmt; oder
- d) eine in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen; oder
- e) zur Begehung einer oder mehrerer der in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt, und zwar vorsätzlich sowie entweder:
 - i) zu dem Zweck, die kriminelle Tätigkeit oder das kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder das Ziel die Begehung einer in Artikel 2 oder 2^{bis} genannten Straftat zur Folge hat, oder
 - ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Artikel 2 oder 2^{bis} genannte Straftat zu begehen.

¹⁰ Eingefügt durch Art. 4 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS 2010 3345 3343; BBl 2008 1153).

Art. 3¹¹

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird:

- a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandssockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform; oder
- b) von einem Angehörigen dieses Staates.

2. Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,

- a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder
- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird oder
- c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

3.¹² Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär. Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.

4.¹³ Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er den Verdächtigen nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

5. Dieses Protokoll schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Dieses Protokoll lässt die Regeln des Völkerrechts über feste Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, unberührt.

¹¹ Fassung gemäss Art. 5 Abs. 1 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

¹² Fassung gemäss Art. 5 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

¹³ Fassung gemäss Art. 5 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

Art. 4^{bis} 14 Schlussklauseln des Protokolls von 2005 zur Bekämpfung
widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester
Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

Die Schlussklauseln des Protokolls von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, sind die Artikel 8–13 des Protokolls von 2005 zum Protokoll von 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden. Bezugnahmen auf Vertragsstaaten im vorliegenden Protokoll gelten als Bezugnahmen auf Vertragsstaaten des Protokolls von 2005.

Art. 5

1. Dieses Protokoll liegt am 10. März 1988 in Rom und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Organisation» bezeichnet) für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.
2. Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,
 - a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
 - b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
 - c) indem sie ihm beitreten.
3. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.
4. Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder der es ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Art. 6

1. Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.
2. Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein

¹⁴ Eingefügt durch Art. 7 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS 2010 3345 3343; BBl 2008 1153).

Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt 90 Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Art. 7

1. Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.
2. Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.
3. Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.
4. Eine Kündigung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat gilt als Kündigung dieses Protokolls durch den betreffenden Vertragsstaat.

Art. 8

1. Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.
2. Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl grösser ist, dies verlangen.
3. Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Art. 9

1. Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.
2. Der Generalsekretär
 - a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über
 - i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt,
 - ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls,
 - iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird,
 - iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Protokoll oder dem Übereinkommen, die sich auf dieses Protokoll bezieht;
 - b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

3. Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Depositär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen¹⁵.

Art. 10

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 19. März 2014¹⁶

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Afghanistan	23. September 2003 B	22. Dezember 2003
Ägypten*	8. Januar 1993	8. April 1993
Albanien	19. Juni 2002 B	17. September 2002
Algerien	30. Juni 2006 B	28. September 2006
Andorra	17. Juli 2006 B	15. Oktober 2006
Antigua und Barbuda	12. Oktober 2009 B	10. Januar 2010
Äquatorialguinea	14. Januar 2004 B	13. April 2004
Argentinien	26. November 2003	24. Februar 2004
Armenien	8. Juni 2005 B	6. September 2005
Aserbaidschan	26. Januar 2004 B	25. April 2004
Australien	19. Februar 1993 B	20. Mai 1993
Bahamas	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Bahrain	21. Oktober 2005 B	19. Januar 2006
Bangladesch	9. Juni 2005 B	7. September 2005
Barbados	6. Mai 1994 B	4. August 1994
Belarus	4. Dezember 2002 B	4. März 2003
Belgien	11. April 2005	10. Juli 2005
Benin	31. August 2006 B	29. November 2006
Bolivien	13. Februar 2002 B	14. Mai 2002
Bosnien und Herzegowina	28. Juli 2003 B	26. Oktober 2003
Botsuana	14. September 2000 B	13. Dezember 2000
Brasilien*	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Brunei	4. Dezember 2003	3. März 2004
Bulgarien	8. Juli 1999	6. Oktober 1999
Burkina Faso	15. Januar 2004 B	14. April 2004
Chile	22. April 1994	21. Juli 1994
China*	20. August 1991	1. März 1992
Costa Rica	25. März 2003	23. Juni 2003
Côte d'Ivoire	23. März 2012 B	21. Juni 2012
Dänemark*	25. August 1995	23. November 1995

¹⁶ AS 1993 1928, 2002 3839, 2004 2755, 2005 4441, 2008 101, 2010 2297 und 2014 765.
Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Deutschland	6. November 1990 B	1. März 1992
Dominica	12. Oktober 2004 B	10. Januar 2005
Dominikanische Republik	12. August 2009 B	10. November 2009
Dschibuti	9. Juni 2004 B	7. September 2004
Ecuador	10. März 2003 B	8. Juni 2003
El Salvador	7. Dezember 2000 B	7. März 2001
Estland	28. Januar 2004 B	27. April 2004
Fidschi	21. Mai 2008 B	19. August 2008
Finnland	28. April 2000 B	27. Juli 2000
Frankreich*	2. Dezember 1991	1. März 1992
Georgien	1. August 2006 B	9. November 2006
Ghana	1. November 2002 B	30. Januar 2003
Grenada	9. Januar 2002 B	9. April 2002
Griechenland	11. Juni 1993	9. September 1993
Guatemala	26. August 2009 B	24. November 2009
Guinea	1. Februar 2005 B	2. Mai 2005
Guinea-Bissau	14. Oktober 2008 B	12. Januar 2009
Guyana	30. Januar 2003 B	30. April 2003
Honduras	17. Mai 2005 B	15. August 2005
Indien	15. Oktober 1999 B	13. Januar 2000
Iran*	30. Oktober 2009 B	28. Januar 2010
Irland	10. September 2004 B	9. Dezember 2004
Island	28. Mai 2002 B	26. August 2002
Israel	6. Januar 2009	6. April 2009
Italien	26. Januar 1990	1. März 1992
Jamaika*	19. August 2005	17. November 2005
Japan	24. April 1998 B	23. Juli 1998
Jemen	30. Juni 2000 B	28. September 2000
Jordanien	2. Juli 2004	30. September 2004
Kambodscha	18. August 2006 B	16. November 2006
Kanada	18. Juni 1993	16. September 1993
Kap Verde	3. Januar 2003 B	3. April 2003
Kasachstan	24. November 2003 B	24. Februar 2004
Katar	18. September 2003 B	17. Dezember 2003
Kenia	21. Januar 2002 B	21. April 2002
Kiribati	17. November 2005 B	16. Februar 2006
Komoren	6. März 2008 B	4. Juni 2008
Korea (Süd-)	10. Juni 2003	8. September 2003
Kroatien	18. März 2005 B	16. November 2005
Kuba*	20. November 2001 B	18. Februar 2002
Kuwait	30. Juni 2003 B	28. September 2003
Laos	20. März 2012 B	18. Juni 2012
Lesotho	25. Juni 2013 B	23. September 2013
Lettland	4. Dezember 2002 B	4. März 2003

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Libanon	16. Dezember 1994 B	16. März 1995
Liberia	5. Oktober 1995	3. Januar 1996
Libyen	8. August 2002 B	6. November 2002
Liechtenstein	8. November 2002 B	6. Februar 2003
Litauen	30. Januar 2003 B	30. April 2003
Luxemburg	5. Januar 2011 B	5. April 2011
Madagaskar	15. September 2006 B	14. Dezember 2006
Malawi	10. Januar 2014 B	10. April 2014
Malediven	25. Februar 2014 B	26. Mai 2014
Mali	29. April 2002 B	28. Juli 2002
Malta	20. November 2001 B	18. Februar 2002
Marokko	8. Januar 2002	8. April 2002
Marshallinseln	16. Oktober 1995 B	14. Januar 1996
Mauretanien	17. Januar 2008	16. April 2008
Mauritius	3. August 2004 B	1. November 2004
Mazedonien	5. August 2007 B	5. November 2007
Mexiko*	13. Mai 1994 B	11. August 1994
Moldau*	11. Oktober 2005 B	9. Januar 2006
Monaco	25. Januar 2002 B	25. April 2002
Mongolei	22. November 2005 B	20. Februar 2006
Montenegro	3. Juni 2006 N	3. Juni 2006
Mosambik	8. Januar 2003 B	8. April 2003
Myanmar	19. September 2003 B	18. Dezember 2003
Namibia	7. September 2005 B	6. Dezember 2005
Nauru	11. August 2005 B	9. November 2005
Neuseeland	10. Juni 1999	8. September 1999
Nicaragua	4. Juli 2007 B	2. Oktober 2007
Niederlande*	5. März 1992	3. Juni 1992
Niger	30. August 2006 B	28. November 2006
Niue	22. Juni 2009 B	20. September 2009
Norwegen	18. April 1991	1. März 1992
Oman	24. September 1990 B	1. März 1992
Österreich	28. Dezember 1989 B	1. März 1992
Pakistan	20. September 2000 B	19. Dezember 2000
Palau	4. Dezember 2001 B	4. März 2002
Panama	3. Juli 2002 B	1. Oktober 2002
Paraguay	12. November 2004 B	10. Februar 2005
Peru	19. Juli 2001 B	17. Oktober 2001
Philippinen	6. Januar 2004	5. April 2004
Polen	25. Juni 1991	1. März 1992
Portugal	5. Januar 1996 B	4. April 1996
Rumänien	2. Juni 1993 B	31. August 1993
Russland	4. Mai 2001	2. August 2001
São Tomé und Príncipe	5. Mai 2006 B	3. August 2006
Saudi-Arabien	2. Februar 2006	3. Mai 2006

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Schweden	13. September 1990	1. März 1992
Schweiz	12. März 1993	10. Juni 1993
Senegal	9. August 2004 B	7. November 2004
Serbien	2. März 2005 B	31. Mai 2005
Seychellen	24. Januar 1989	1. März 1992
Slowakei	8. Dezember 2000 B	8. März 2000
Slowenien	18. Juli 2003 B	16. Oktober 2003
Spanien	7. Juli 1989	1. März 1992
St. Lucia	20. Mai 2004 B	18. August 2004
St. Vincent und die Grenadinen	9. Oktober 2001 B	7. Januar 2002
Sudan	22. Mai 2000 B	20. August 2000
Südafrika	8. Juli 2005 B	6. Oktober 2005
Swasiland	17. April 2003 B	16. Juli 2003
Syrien	24. März 2003 B	22. März 2003
Tadschikistan	12. August 2005 B	10. November 2005
Togo	10. März 2003 B	8. Juni 2003
Tonga	6. Dezember 2002 B	6. März 2003
Trinidad und Tobago	27. Juli 1989 B	1. März 1992
Tschechische Republik	10. Dezember 2004	10. März 2005
Tunesien	6. März 1998 B	4. Juni 1998
Türkei*	6. März 1998	4. Juni 1998
Turkmenistan	8. Juni 1999 B	6. September 1999
Ukraine	21. April 1994	20. Juli 1994
Ungarn	9. November 1989	1. März 1992
Uruguay	10. August 2001 B	8. November 2001
Usbekistan	25. September 2000 B	24. Dezember 2000
Vanuatu	18. Februar 1999 B	19. Mai 1999
Vereinigte Arabische Emirate*	15. September 2005 B	14. Dezember 2005
Vereinigte Staaten	6. Dezember 1994	6. März 1995
Vereinigtes Königreich*	3. Mai 1991	1. März 1992
Insel Man	8. Februar 1999	7. Mai 1999
Vietnam	12. Juli 2002 B	10. Oktober 2002
Zypern	2. Februar 2000 B	2. Mai 2000

* Vorbehalte und Erklärungen.
Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die englischen Texte können auf der Internetseite der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (OMI): www.imo.org/ eingesehen oder bei der DV/EDA, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern bezogen werden.

